



JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

Leitantrag zum SHR am 30. November in Mildstedt

Die Polizei

Freund und Helfer - auch in schweren Zeiten

1 1. Einleitung

Die Polizei leistet im ganzen Bundesgebiet Beeindruckendes. Bei Regen und Schnee und starker Hitze sorgt sie rund um die Uhr für die Sicherheit der Bürger und steht für Fragen allzeit bereit. Gleichzeitig wird in jeder Situation, gegenüber jeden Menschen oder Tier, eine perfekte Reaktion und ein freundliches Auftreten erwartet. Eine schier unmachbare Aufgabe für unsere Ordnungshüter.

Um diesen Erwartungen überhaupt gerecht werden zu können, benötigt die Polizei nicht nur ausreichend gut ausgebildeten Nachwuchs und eine vernünftige Ausstattung, sondern vor allem das Vertrauen in ihre Arbeit und die Mithilfe der Bürger.

10

11 2. Ausbildung

Die Landespolizei Schleswig-Holstein bietet mehrere Laufbahnen für die unterschiedlichen Bildungsgrade der Bewerber an. Um sicherzustellen, dass Bewerber den hohen Anforderungen im Berufsalltag standhalten, ist ein differenziertes Auswahlverfahren nötig. Ein gewisser Bildungsstandart, Teamfähigkeit, körperliche Fitness und Gesundheit sind für den Beruf eines Polizisten unabdingbar.

Lange Zeit galt der polizeiberuf als hoch angesehen und verzeichnete hohe Bewerberzahlen. Das anspruchsvolle Auswahlverfahren, bessere Verdienstmöglichkeiten in anderen Berufsfeldern, mangelhafte Aufstiegsmöglichkeiten und ein wachsendes Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber den Polizisten führte zu einem Bewerberrückgang. Hinzukommen Stellenstreichungen auf Landesebene¹, trotz Überalterungen und geringen Neueinstellungen, um Personalkosten zu sparen. Dabei ist es fraglich, wie bei solchen Bedingungen dem wachsenden Sicherheitsbedürfnis der Menschen gerecht werden soll. Denn von derzeit 6575 Polizeibeamten im Land erreichen in den nächsten zehn Jahren 2040 die Pensionsgrenze. Einen so hohen Ersatzbedarf gab es bei der Polizei noch nie.

¹ <http://www.shz.de/schleswig-holstein/panorama/der-polizei-geht-der-nachwuchs-aus-id252221.html>

27 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kommt bei der Anwerbung von Nachwuchskräften ein
28 hoher Stellenwert zu. Jugendliche und junge Erwachsene müssen auf den vielfältigen und
29 abwechslungsreichen Berufsalltag aufmerksam gemacht und Barrieren im
30 Bewerbungsverfahren abgebaut werden. Die Polizei sollte ein fester Bestandteil der
31 Berufsorientierung in allen Schularten werden.

32 Immer öfter ist die Polizei in ihren Einsätzen auf Fremdsprachenkenntnisse angewiesen.
33 Konfliktlösung ist häufig international, so dass Verständigungsschwierigkeiten keine
34 Seltenheit sind. Die in der Ausbildung erlernten Sprachen Englisch, Dänisch und Türkisch²
35 helfen in diesen Fällen selten weiter. Oft haben Menschen mit demselben
36 Migrationshintergrund einen besseren Zugang zueinander und können besänftigend
37 aufeinander einwirken. Deshalb ist die Polizei vermehrt auf Migranten im Dienst
38 angewiesen.

39 Während der Ausbildung sollen der Zusammenhalt der Gruppe und die Teamfähigkeit
40 gestärkt werden. Es wird nicht nur zusammen gelernt, sondern auch zusammen gelebt. Um
41 Leistungen erbringen zu können, ist eine vernünftige Unterbringung notwendig, in der
42 sich die Auszubildenden wohlfühlen dadurch würde auch die Attraktivität der Ausbildung
43 gesteigert werden. Die Zustände beim Landesausbildungszentrum in Eutin bieten diese
44 Voraussetzung nicht. Es wird in Drei-Bett-Zimmern geschlafen und sich Toiletten und
45 Duschen geteilt. Die Unterbringung ist dort zwar kostenlos, entspricht aber nicht einmal
46 den Anforderungen des Standards „Kaserne 2000“. Hinzu kommen Versorgungsprobleme
47 durch Legionellen im Wasser. Vorübergehend wurden bereits Wohnungen in einem
48 benachbarten Altenheim gemietet, um die Unterbringung weiterhin zu gewährleisten. Das
49 kann und darf kein Dauerzustand sein. Langfristig muss in das Ausbildungszentrum
50 investiert und die Unterbringungsräume renoviert werden. Ein gewisser Standard sollte
51 mit Nasszellen geboten werden und langfristig günstiger sein als Reperaturen völlig
52 veralteter Räume und Geräte sowie die Anmietung externer Räumlichkeiten. Dabei sind
53 die Anforderungen so zu stellen, dass die Unterbringung für die Auszubildenden weiterhin
54 kostenlos bleibt.

² http://www.fhvd.de/fhvd_we/html/polizei/index-polizei.html ab Seite 141.

Auch die Unterrichtsräume müssen instandgesetzt werden. Aufgrund steigender Einstellungszahlen erhöht sich die Anzahl der Klassen und somit auch der Bedarf an Lehrräumen. Es sind ausreichend Möglichkeiten zu schaffen, um den Lehralltag und eine gute Ausbildung gewährleisten zu können.

Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- keine weiteren Stellenstreichungen
- vermehrt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch das Landespolizeiamt zur Anwerbung von Nachwuchskräften
- eine Etablierung des Polizeiberufes in den Maßnahmen der Berufsorientierung an Schulen
- eine besondere Kampagne für mehr Migranten im Polizeidienst
- Investitionen in die Unterbringung für einen langfristigen Erhalt der Ausbildungsstätte in Eutin
- die Gewährleistung von entsprechenden Rahmenbedingungen für den Lehrbetrieb

3. Ausstattung

Wie in jedem Beruf ist auch die Polizei auf eine vernünftige und funktionierende Ausstattung angewiesen, denn sie garantiert nicht nur eine höhere Sicherheit für die Bürger, sondern auch für die Beamten selbst. Einen teilweise von erheblichem qualitativem Unterschied zwischen der Ausstattung der Bundespolizei und der Landespolizei ist nicht zu dulden. Dabei ist nicht nur die Schutzausstattung erheblicher Bedeutung, sondern auch die technische Ausstattung der Beamten, Dienstwagen und –stellen. Den erhöhten Anforderungen und vermehrten Möglichkeiten, die Aufklärung von Straftaten durch technische Mittel voranzutreiben, sind auszuschöpfen und auszuweiten. Insbesondere das Landeskriminalamt hinkt bei der Standardisierung ihrer technischen Ausstattung zu einem europaweiten Standard hinterher. Wird dort nicht investiert, droht in den nächsten Jahren in Strafverfahren eine „Nichtverwertbarkeit“ von Gutachten. Um einen doppelten Aufwand der Beamten durch mangelnde Technik zu verhindern, müssen diese Standards umgehend erfüllt werden.

84 Gefährdungen und Verletzungen von Beamten durch Demonstrationsteilnehmer sind
85 heute keine Seltenheit mehr. Widerstandshandlungen kommen nicht nur immer öfter,
86 sondern auch immer heftiger vor. Angriffshandlungen gegenüber Polizeibeamten nehmen
87 zu³. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf Polizeibeamten, sondern auch auf
88 Feuerwehrleuten, Rettungsdiensten und andere Hilfskräften, deren Einsätze durch die
89 Gewaltbereitschaft einiger Mitbürger erschwert und unmöglich gemacht wird. Jedem
90 Helfer ist für seinen Einsatz zu danken und ihnen das größtmögliche Vertrauen
91 entgegenzubringen.

92 Polizisten werden gerade bei Großveranstaltung psychisch und physisch stark gefordert.
93 Unübersichtliche Lagen, eine eingeschränkte Sicht- und Bewegungsfähigkeit, erhebliche
94 Stresssituationen und der permanente Druck, stets die Interessen jedes Beteiligten richtig
95 abzuwägen und für diese einzutreten prägen den Berufsalltag der Bereitschaftspolizei bei
96 Großveranstaltungen. In jeder Situation soll dabei permanent und sofort richtig
97 entschieden und gehandelt, die eigene Sicherheit dabei aber nicht vergessen werden. Klar
98 ist, dass Polizeibeamte Gegenwehr bei äußerst gewaltbereiten Veranstaltungsteilnehmern
99 zum Schutze ihrer selbst und ihrer Kollegen leisten müssen. Dabei kommt es oft zu
100 Verletzungen auf beiden Seiten. Wir verurteilen Polizisten nicht grundlegend für falsche
101 Ermessensentscheidungen in Stresssituationen und entsprechende Einwirkungen auf ihre
102 Gegenüber. Eskalationen und unverhältnismäßige Eingriffe gehören auf beiden Seiten
103 geahndet und möglicherweise strafrechtlich konsequent sanktioniert. Eine
104 Kennzeichnungspflicht hält die Junge Union in ihren vielen Möglichkeiten nicht für
105 zielführend. Weitere Eingriffe in die Privatsphäre der Beamten, mögliche Hackerangriffe
106 oder die verbotene Herausgabe von vertraulichen Informationen wären die Kehrseite.
107 Natürlich müssen die Beamten auch im Einsatz die Verantwortung für ihr Handeln
108 übernehmen. Jedoch stellen wir Polizisten nicht unter einen Generalverdacht. Der
109 Kennzeichnungserlass der Landesregierung tut dies und verstärkt das Bild des
110 schwindenden Vertrauens gegenüber den Beamten. Die Kennzeichnung der Einheiten, ist
111 dabei vollkommen ausreichend und zielführend.

³ KFN-Abschlussbericht, Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in zehn Bundesländern, S.74ff.

112 Wachsende Anforderungen durch höhere Erwartungen der Bürger, ein höheres
113 Gewaltpotential gegenüber Beamten und immer größere Aufgabenfelder prägen den
114 Berufsalltag der Beamten. Um eine hochwertige Arbeit unserer Beamten gewährleisten zu
115 können und weiterhin Jugendliche für die Ausbildung motivieren zu können, ist ein Stopp
116 der Stellenstreichungen nötig! Jugendliche interessieren sich eher für eine Ausbildung,
117 nach dessen Abschluss eine hohe Chance auf Weiterbeschäftigung besteht.

118 Um ein Grundvertrauen in der Bevölkerung zu schaffen, sollen die Beamten und die
119 Dienststellen für möglichst jeden Bürger erreichbar sein. Auch im ländlichen Raum ist die
120 polizeiliche Präsenz unabdingbar. Insbesondere kleine Dienststellen (ein oder zwei
121 Beamte) wurden in den letzten 50 Jahren geschlossen. Dabei müssen trotz der
122 Schließungen möglichst kurze Einsatz- und Dienstwege garantiert werden.
123 Nichtsdestotrotz muss auch bei einem steigenden Gewaltpotential gegenüber Beamten
124 die Sicherheit der Polizisten gewahrt bleiben und zu Einsätzen nur zu zweit ausgerückt
125 werden. Das führt wiederum dazu, dass an kleinen Dienststellen aufgrund fehlender
126 Besetzung und geschlossener Türen an die nächste Dienststelle im Umland oder die
127 Notrufnummer verwiesen wird. Gerade unter diesem Aspekt und auch in Bezug auf die
128 Anforderungen, wie IT und ein Dienstwagen, muss der Erhalt von kleinen Dienststellen
129 überprüft werden.

130 Das Zusammenfügen mittlerer und großer Dienststellen steht dabei außer Frage. Dies
131 kann und darf nur in Ausnahmefällen geschehen und ist nur unter Zustimmung des
132 zuständigen Ministers möglich. Dabei ist die Möglichkeit zu prüfen, Dienststellen örtlich
133 nicht zu verlegen, sondern lediglich organisatorisch zusammenzulegen. Vorher
134 gleichgeordnete Dienststellen werden dabei nachgeordnet. Dies erspart nicht nur
135 Personal-, sondern auch Organisationskosten.

136 Daher spricht sich die Junge Union Schleswig- Holstein

- 137 • für Investitionen in die Technik- sowie Schutzausstattung aus
- 138 • weiterhin klar gegen eine Kennzeichnungspflicht der Beamten bei Großeinsätzen
- 139 aus
- 140 • keine weiteren Stellenstreichungen

- für den sinnvollen Erhalt kleiner Dienststellen im ländlichen Raum, bedingt durch einen zielführenden Einsatz des Personals aus und eine Prüfung von Nachordnungen mittlerer und großer Dienststellen

4. Videoüberwachung

Die Überwachung persönlicher Inhalte und Gegenstände stand zuletzt zunehmend im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen. Dabei spielt zum einen das Sicherheitsbedürfnis jedes Einzelnen und zum anderen das Streben nach Freiheit in allen Lebenslagen die zentrale Rolle. Fest steht, Überwachungen jeder Art durch den Staat und seine Behörden müssen eine Ausnahme bleiben und werden durch die starken Schranken der Verfassung eingeschränkt. Jeder soll seine Freiheiten und Chancen ausleben und nutzen können. Um das gewährleisten zu können, müssen aber auch diejenigen, die ihre Freiheiten missbrauchen und gegen Recht und Gesetz verstoßen, für ihr Verhalten belangt werden. Missbrauch, der an öffentlichen Orten stattfindet und somit für jedermann sichtbar ist, gefährdet nicht nur die Beteiligten, sondern auch alle anderen. Die Beweislage ist oft schwer und unübersichtlich. Objektive, tonlose Aufnahmen durch Videokameras können dabei oft die entscheidenden Hinweise bringen und zur Erfassung der Täter führen. Unabdingbar sind dabei eine Speicherzeit so kurz wie möglich, aber so lang wie nötig, eine Überwachung nur an Plätzen, die objektiv ein höheres Gewaltaufkommen aufzeigen und dass ein möglicher Rückgriff auf die Aufnahmen lediglich im konkreten Verdachtsfall gerechtfertigt ist. Die Junge Union Schleswig-Holstein sieht es als unabdingbar an, das verlorengegangene Vertrauen der Bürger langsam wieder aufbauen zu müssen. Die Sicherheit jedes Einzelnen darf darunter jedoch nicht leiden. Dies muss sachlich und öffentlich diskutiert werden. Der Bürger soll wissen, unter welchen Voraussetzungen der Staat in seine Privatsphäre eingreifen darf. Nur, wer die Grenzen kennt, kann vertrauen.

Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- eine sachliche, öffentliche Diskussion über Überwachungen privater Inhalte und Videoaufzeichnungen
- eine Beibehaltung der Videoüberwachung öffentlicher Plätze

171

172 5.Prävention

173

174 Straftaten muss sowohl repressiv als auch präventiv begegnet werden. Insbesondere bei
175 Kindern und Jugendlichen ist Präventionsarbeit wichtig und kann diese in
176 unterschiedlichen Bereichen aufklären.

177 Die Polizei leistet in Schleswig-Holstein dabei lediglich in 1% ihrer Gesamtzeit
178 Präventionsarbeit. Damit sind wir bundesweit Schlusslicht bei der Präventionsarbeit. Bei
179 sinkendem Personal verständlich, dass nicht alle Aufgaben zu 100% wahrgenommen
180 werden können. Der Schutz der Kinder und Jugendlichen darf darunter aber nicht leiden.
181 Präventionsarbeit bietet oft den ersten Kontakt der Kinder mit der Polizei und schafft
182 Vertrauen diesen gegenüber. Ist für das weitere Empfinden und Ansehen der Polizei und
183 öffentlichen Behörden also oft ausschlaggebend. Insbesondere an Problemschulen kann
184 durch Präventionsarbeit und die Präsenz der Polizei deeskalierend auf die Schüler
185 eingewirkt werden.

186 Eine Kontaktaufnahme der Polizei sollte bereits in Kindergärten erfolgen. Bereits hier ist
187 es wichtig, Grundlagen zu schaffen. Ins Besondere im Bereich der Verkehrssicherheit und
188 der Gefahr von sogenannten „Mitschnackern“. Auch eine Unterstützung der Schulen bei
189 der Verkehrs- und Gewaltprävention darf nicht vernachlässigt werden(Fahrradprüfungen,
190 Mobbing, etc.)

191

192 Jugendschutz spielt in diesem Bereich eine wichtige Rolle. Die Einführung von
193 Alkoholtestkäufen im Einzelhandel ist unserer Meinung nach der richtige Weg.
194 Vor allem aber Partybesuche Minderjähriger arten oft in Alkoholgelage aus. Der
195 sogenannte „Mutti-Zettel“ ist dabei in vielen Fällen die Eintrittskarte. Volljährige sollen
196 dabei die Verantwortung für Minderjährige übernehmen, diese im Laufe des Abends
197 betreuen und dafür sorgen, dass diese keinen übermäßigen Alkohol konsumieren. Für viele
198 gerade erst Volljährigen eine schwere Aufgabe. Die Junge Union Schleswig- Holstein sieht
199 dieses Problem und fordert dahingehend, eine Altersgrenze von 21 Jahren für den „Mutti-
200 Zettel“ einzuführen, so dass lediglich junge Erwachsene ab 21 Jahren Minderjährige auf
201 Partys „betreuen“ dürfen.

202

203 Auch mit Drogen machen Jugendliche immer früher und intensiver Erfahrungen. Cannabis
204 dient dabei oft „milde“ Einstiegsdroge. Dabei bietet der Drogenkonsum für viele

205 Jugendliche den Einstieg in kriminelle Kreise und in Abhängigkeit.
206 Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss prägen die
207 Jugendkriminalität. Um diesen Einstieg den Jugendlichen nicht zu erleichtern, sprechen wir
208 uns auch weiterhin gegen eine Legalisierung von Cannabis aus!

209

210 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein

211

- 212 • ein Ausbau der Präventionsarbeit an Schulen
- 213 • eine Einführung der Altersgrenze beim „Mutti-Zettel“ von 21 Jahren
- 214 • weiterhin keine Legalisierung von Cannabis

215

216 6. Schluss

217 Die Junge Union Schleswig-Holstein steht hinter den Polizeibeamten und schätzt ihren
218 täglichen Einsatz auf Deutschlands Straßen unter erschwerten Bedingungen. Durch die
219 Politik müssen nun die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um dem steigenden
220 Sicherheitsbedürfnis der Menschen gerecht zu werden. Unabdingbar ist dabei ein
221 Vertrauen der Bürger in die Arbeit unseres Staates. Das können wir aber nur gewinnen,
222 wenn wir die Freiheiten jedes Einzelnen respektieren und schützen!

Telse Dierks, Niklas Deckmann, Lasse Peters, Lucas Katafiasz und Birte Glißmann
für die Kommission Innen und Recht